

## ■ Von den Visionen zur Tages- und Zukunftspolitik



Prof. Dr. Thomas Jäger referierte in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Foto: privat

Große Aktualität bot die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. unter Oberst a.D. Dipl.-Ing. Haverbusch von der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. den Besuchern zum Thema "Aspekte deutscher Außen- und Sicher-

heitspolitik nach den Präsidentschaftswahlen in den USA".

Professor Dr. Thomas Jäger, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln, entwarf dazu eine erste Analyse, die das Verhältnis Deutschland und Europa zur neuen Administration der Vereinigten Staaten betraf. Zunächst hob er das große Interesse in Deutschland am Wahlkampf in den USA hervor und fragte nach dem besseren Kandidaten der beiden für Deutschland, wobei wohl der Unterschied gering ausgefallen wäre. Die USA würden ihre alte Stellung in der Welt behalten - eben unilateral - wenn sie Wert darauf legten.

Dazu gehöre zweifellos der Krieg gegen den Terror, besonders aber auch die Gestaltung der Verhältnisse zu China und Russland, wobei der Iran nicht fehlen dürfe. Diese globale Politik der USA wurde von allen Präsidentschaftskandidaten erkennbar mit den gleichen Zielen vertreten. Obama werde in seiner Politik einen neuen Stil und moderaten Ton finden, d.h. stets sein Image zu verbessern suchen, um auch seine Wiederwahl zu sichern.

Seine Biographie sei geprägt von Missionen und Visionen. Das könne in der Außenpolitik zu einem ausbaufähigen Ideenrahmen führen. Hier werde z.B. die deutsche Interessenlage eine Rolle spielen. Werde der Multilateralismus u.a. eine Klärung bringen? Ein Mitglied entscheide und alle anderen Partner beteiligten sich auf verschiedene Art und Weise an einem Programm.

Neue Richtungen in der Energie-, Finanz- und Klimapolitik werden gemeinsam eingeschlagen werden müssen. Ohne Pakistan zu sanieren könne es auch kaum eine Stabilisierung in Afghanistan geben. Das Gewicht Europas werde u.a. durch die Beziehungen der USA mit Frankreich bestimmt werden. Eine präventive Sicherheitsstrategie gelte sicher weiterhin, ohne eine Diplomatie ersetzen zu wollen.

Handlungsfähige politische Kontinuität für Deutschland werde hauptsächlich über die EU zu leisten sein, sonst dürften manche Eifersüchteleien zu groß werden. Trotzdem seien bilaterale Gespräche nötig, um Krisen rechtzeitig meistern zu können.